



HESSISCHER LANDTAG

06. 05. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

School meets Finance: Ökonomische Wissensvermittlung aus der Praxis

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass ökonomische Bildung eine zentrale Voraussetzung für eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist, insbesondere im Hinblick auf private Finanzentscheidungen, Altersvorsorge, Unternehmensgründungen und Konsumverhalten.
2. Der Landtag begrüßt die Durchführung des sog. Hessenmonitors, bei dem rund 500 junge Erwachsene in Hessen im Alter von 18 bis 35 Jahren hinsichtlich ihrer Glaubenssätze, ihres Wissensstands und ihrer Informationsquellen zu Geld und Finanzen befragt wurden. Die Ergebnisse legen nahe, dass junge Erwachsene den Themen Geld und Finanzen mit großer Neugierde und Interesse gegenüberstehen. Gleichzeitig stellt eine Vielzahl nationaler und internationaler Studien fest, dass Wissen über grundlegende ökonomische Zusammenhänge in nahezu allen untersuchten Ländern nur äußerst rudimentär vorhanden ist. Diese Beobachtungen legen nahe, dass es eine Lücke zwischen der Nachfrage und dem Angebot hochwertiger Angebote zur ökonomischen Bildung gibt.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, nach dem Vorbild Hamburgs ein „School-Meets-Finance“-Modell in Hessen zu etablieren, bei dem Expertinnen und Experten aus Unternehmen, insbesondere aus der Finanzwirtschaft, an Schulen in praxisorientierten Formaten Themen wie Steuern, Haushaltsführung und Finanzplanung vermitteln. Ziel ist es, Jugendlichen einen lebensnahen Zugang zu finanziellen Fragen zu ermöglichen, ihre finanzielle Selbstständigkeit zu stärken und ein vertieftes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu fördern. Gleichzeitig soll das Projekt zur Berufsorientierung beitragen und Interesse an Finanzberufen wecken, was angesichts des wachsenden Fachkräftemangels im Finanzsektor einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchssicherung leistet.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dieses Angebot für sämtliche Schulformen zugänglich zu machen und bereits in frühen Bildungsphasen zu verankern, d. h. das Programm flächendeckend an allen allgemeinbildenden Schulen (Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Gymnasien) sowie an beruflichen Schulen zu etablieren und spätestens mit Beginn der Sekundarstufe I einzuführen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Schülerinnen und Schülern mit diesem Programm in Kooperation mit der Privatwirtschaft praxisnahe und vielfältige Lernformate anzubieten, etwa durch schulische Workshops, Planspiele, Vorträge von Finanzfachleuten oder Exkursionen zu Finanzinstitutionen, um grundlegende ökonomische Zusammenhänge niedrigschwellig, anschaulich und alltagsbezogen zu vermitteln.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Partner aus der Finanzwirtschaft als Kooperationspartner zu gewinnen und einzubinden, beispielsweise den Finanzplatzbeauftragten des Landes, Privatbanken, Sparkassen, Versicherungen, Verbände, FinTechs oder die Deutsche Börse, um Fachwissen aus der Praxis in den Unterricht einzubringen. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Expertinnen und Experten im Bildungsinteresse der Schülerinnen und Schüler agieren.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine bürokratiearme Evaluation und Qualitätssicherung des Programms aufzulegen, um den Erfolg des Programms messbar zu machen und es bei Bedarf laufend optimieren zu können.

Begründung:

Solide Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge gewinnen in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und demografischem Wandel zunehmend an Bedeutung: Das staatliche Rentensystem kommt an seine Grenze, gleichzeitig sehen sich Konsumentinnen und Konsumenten mit einem immer größer und komplexer werdenden Angebot an Finanz- und Versicherungsprodukten konfrontiert.

Um die junge Generation in Hessen fit für die finanzielle Realität des Lebens zu machen und ihr zugleich neue Berufswege aufzuzeigen, soll die Landesregierung ein partnerschaftliches Finanzbildungsprogramm nach Hamburger Vorbild ins Leben rufen. Dies stärkt die Allgemeinbildung, schützt vor finanziellen Fehlritten, fördert wirtschaftliches Verständnis und nutzt die Stärken Hessens als Finanzplatz für die Bildung — zum Vorteil der hessischen Schülerinnen und Schüler.

Wiesbaden, 6. Mai 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas